



IT-Planungsrat

Digitale Zukunft gestalten

Projektsteckbrief Portalverbund

Stand: 04.08.2016

Inhaltsverzeichnis

1	Ausgangssituation	3
2	Ziele des Portalverbunds	7
3	Aufgabenfelder	10
4	Weiteres Vorgehen.....	14

1 Ausgangssituation

a) Auftrag IT-Planungsrat

Der IT-Planungsrat hat in seiner 20. Sitzung am 16. Juni 2016 auf Grundlage der Ergebnisse eines Sonder-Workshops vom 11. Mai 2016 folgende Beschlüsse gefasst:

Beschluss 2016/15

Der IT-Planungsrat bittet den Bund eine Arbeitsgruppe „Portalverbund“ einzurichten. Die Arbeitsgruppe soll zur 21. Sitzung einen Projektsteckbrief vorbereiten. Die verwandten Vorhaben des IT-Planungsrats, insbesondere die Entwicklung von Servicekonten, sind einzubeziehen. Dabei ist eine frühzeitige Einbeziehung der kommunalen Ebene und der Beauftragten für den Datenschutz vorzusehen.

Die Arbeitsgruppe orientiert sich an den im Sonder-Workshop des IT-Planungsrats am 11.05.2016 erarbeiteten Zielen und Erwartungen an den Bund.

Beschluss 2016/16

Der IT-Planungsrat beauftragt die Arbeitsgruppe „Portalverbund“ unter Verzicht auf ein separates Projekt zur Verbesserung der Attraktivität der Serviceportale, den von Niedersachsen und dem Bund erarbeiteten Maßnahmenvorschlag in ihre Projektarbeit mit einzubeziehen.

b) Status E-Government in Deutschland

- Die Digitalisierung der Verwaltung in Deutschland ist weiter voranzutreiben. Studien, wie das EU-Benchmarking oder das aktuelle NKR-Gutachten zu E-Government in Deutschland belegen den Nachholbedarf im Bereich der Digitalisierung der Verwaltungsleistungen auf allen Ebenen.
- Angebote der Verwaltung müssen einen direkten Nutzen für Bürger und Unternehmen erzeugen, die Entwicklung der Angebote durch die Verwaltung soll nicht parallel und mehrfach erfolgen. Synergien sind im Rahmen der engen Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu berücksichtigen.

- Die positiven Erfahrungen aus der Zusammenarbeit zwischen allen Ebenen zur Digitalisierung des Asylverfahrens können auf weitere Digitalisierungsvorhaben übertragen werden.
- Die föderale Struktur in Deutschland ist bei der Digitalisierung der Verwaltung abzubilden. Die bestehenden IT- und E-Government-Lösungen sind für zukünftige Entwicklungen zu berücksichtigen.
- Bund, Länder und Kommunen arbeiten im IT-Planungsrat erfolgreich zusammen, u.a. in der PG eID-Strategie im Bereich der Servicekonten, bei den Anwendungen 115, LeiKa, Behördenfinder (BFD) und in der Fachgruppe FIM. Auf den Ergebnissen soll aufgebaut werden.
- Es bestehen in Deutschland viele und unterschiedliche Portale mit Angeboten für Bürger und Unternehmen. Die Attraktivität der Portale ist durch gemeinsame Maßnahmen zu erhöhen.

c) Ergebnisse des Sonder-Workshops 11. Mai 2016

Bund und Länder haben sich im Sonderworkshop auf folgendes Vorgehen verständigt:

Wichtige Voraussetzung für die Digitalisierung der Verwaltung ist die bürger- und unternehmensnahe Bereitstellung der Verwaltungsportale aller Ebenen. Bürger und Unternehmen sollen - unabhängig auf welchem Verwaltungsportal sie einsteigen - einfach an die gewünschte Dienstleistung weitergeleitet werden. Dazu müssen Portale von Ländern und Kommunen intelligent verknüpft werden. Ergänzend soll ein noch aufzubauendes Bundesportal integriert werden, über das Bundesdienstleistungen gebündelt werden. Zur Identifizierung sollen sich Bürger / Unternehmen über sog. Servicekonten identifizieren, die derzeit in der PG eID-Strategie erarbeitet werden.

Mit dem Projekt soll die föderale Struktur auf die Verwaltungsserviceportale der Länder und des vom Bund aufzubauenden Portals übertragen werden. Dabei soll - soweit wie möglich - auf vorhandene Infrastrukturen zurückgegriffen werden.

Bund und Länder haben sich zur Umsetzung auf drei Teilprojekte verständigt:

- Teilprojekt 1: Aufbau Verwaltungsportal Bund mit Servicekonto Bund
- Teilprojekt 2: Intelligente Verknüpfung aller Servicekonten Bund und Länder
- Teilprojekt 3: Portalverbund der Serviceportale Bund und Länder, dessen Inhalt Gegenstand des hier vorliegenden Steckbriefs ist



Auf Basis der oben skizzierten Ausgangssituation zum E-Government haben Bund und Länder im Sonder-Workshop am 11. Mai 2016 folgende Absprachen getroffen:

Ziele	Erwartungen an den Bund zur Erreichung der Ziele
<ul style="list-style-type: none"> • Vom Kunden aus denken! – Orientierung am Mehrwert für Nutzer • Interoperabilität (jede Leistung wird über jedes Portal erreichbar) • Intelligentes Suchen ermöglichen (erster Schritt: semantische Suche) 	<ul style="list-style-type: none"> • Freiwilligkeit für Nutzer berücksichtigen • Qualitätsziele definieren unter Berücksichtigung bürgerfreundlicher, verständlicher Sprache • Mehrwerte für den Portalverbund verdeutlichen/ generieren (z. B. Qualitätslogo, Bereitstellung von Stammobjekten durch den Bund (Leistungen, Prozessmodelle, Formularfelder) • Enge Zusammenarbeit mit Bundesredaktion • Regulatorische Rahmenbedingungen in Zusammenarbeit mit den Ländern vereinfachen (z. B. Datenschutz, Bekanntgabe von Verwaltungsakten, Portal gleich einheitliche Stelle, einfacher Zugriff auf Register) • Bundesverfahren im E-Government mit großen Nutzerzahlen als beispielgebende Pilotanwendungen umsetzen • Anforderungen der Kommunen und weiterer Bedarfsträger mit einbeziehen (z. B. wie im Fall von 115, Kammern) • Wiederverwendung (technischer) Komponenten (z. B. intelligente Suche)

► **Offene Fragen**

- Umgang (i.S.v. Erreichbarkeit) mit Fachportalen (z. B. ELSTER)
- Brauchen wir Lebenslagen? Wenn ja, welche?
- Finanzierung

Im Rahmen der Sitzung der PG Digitale Verwaltung (PG DiV) der Bundesressorts am 7. Mai 2016 hat BMI das Vorhaben Portalverbund vorgestellt. Die Ressorts bewerten das Vorhaben positiv und haben ihre Mitarbeit zugesichert.

d) Zweck des Projektsteckbriefes

Der Projektsteckbrief stellt die Grundlage für die weiteren Konzeptions- und Umsetzungsschritte für das Teilprojekt Portalverbund dar. Nach Billigung durch den IT-Planungsrat am 13. Oktober 2016 soll der Portalverbund unter Federführung des Bundes auf Basis des Steckbriefes die weiteren Maßnahmen zur Verknüpfung der Verwaltungsserviceportale koordinieren und die erforderlichen Rahmenbedingungen und offenen Fragen klären.

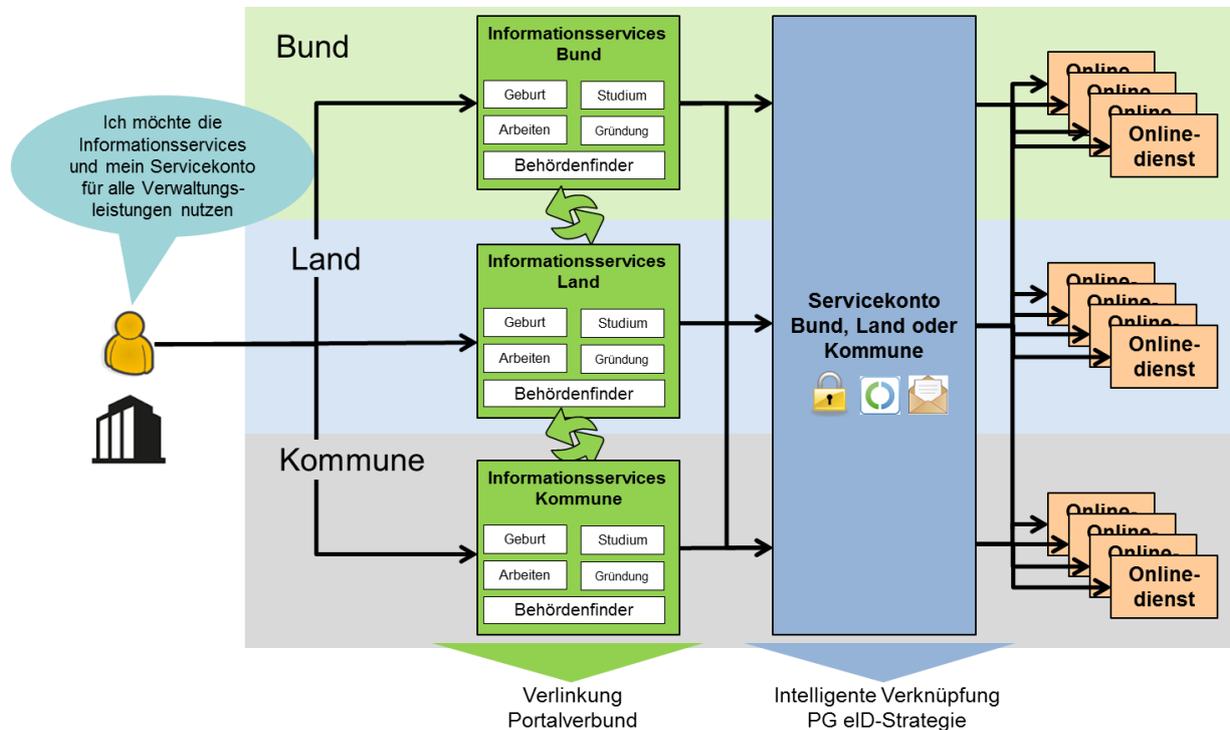
Der Projektsteckbrief definiert die Ziele und originären Aufgabenfelder des Portalverbunds in den Phasen Analyse, inhaltliche und technische Konzeption sowie Umsetzung.

e) Abhängigkeiten

- Bestehende Portale in Bund, Ländern und Kommunen
- Föderales Informationsmanagement (FIM)
- Leistungskatalog der öffentlichen Verwaltung (LeiKa)
- Bundesredaktion
- Landes- und Kommunalredaktionen
- Behördenfinder
- Behördennummer 115
- Einheitlicher Ansprechpartner 2.0
- eID-Strategie
- Standardisierungsagenda des IT-PLR

2 Ziele des Portalverbunds

Die folgende Abbildung soll das Zielbild des Portalverbunds verdeutlichen:



Für Bürger und Unternehmen

1. Bürger und Unternehmen können über jedes Portal einsteigen und werden auf andere Portale weitergeleitet. Sie erhalten mit wenigen „Klicks“ die gewünschten Informationen und den Einstieg in die Leistung.
2. Allgemeine Informationen werden schnell gefunden; bei speziellen Informationsbedarfen wird auf die Informationen der Leistung weitergeleitet. Einheitliche Informationen zu Leistungen in allen Portalen erleichtern die schnelle Abwicklung von Leistungen.
3. Informationen werden in verständlicher Sprache, barrierefrei, mehrsprachig und übersichtlich bereitgestellt.¹

¹ Basis bietet hierfür u.a. die FIM-Methodik

4. Das Suchen und Finden unabhängig vom Zugang wird verbessert. Einfache und möglichst einheitliche Suchfunktionalitäten (z. B. nach Lebenslagen, intelligente, semantische Suchlösungen) erleichtern das Weiterleiten auf die Verwaltungsdienstleistung und haben einen hohen Wiedererkennungswert.
5. Nutzerfreundlichkeit durch gemeinsam entwickelte Maßnahmen zur Attraktivität der Portale erleichtert die Inanspruchnahme von E-Government und erhöht den Wiedererkennungswert. Dazu gehört, dass beispielgebende Massen-Anwendungen – insbesondere auf Initiative des Bundes – bereitgestellt werden.
6. Bürger und Unternehmen können ihr Servicekonto für die Leistungen im Portalverbund nutzen.
7. Der eindeutige und einfache Einstieg in Verwaltungsleistungen werden auch für Bürger und Unternehmen aus den EU-Staaten ermöglicht. Die Ergebnisse des Einheitlichen Ansprechpartners werden unterstützt.
8. Die einfach und schnell nutzbare Bereitstellung von Verwaltungsdienstleistungen, unabhängig über welches Portal sie einsteigen, sparen Bürgern und Unternehmen Zeit und Kosten.

Für die Verwaltung

1. Anbieter von Portalen steigern die Attraktivität ihres Portals, indem sie über die Grenzen der Zuständigkeit ihres Portals hinaus Informationen und Verwaltungsdienstleistungen einfach und schnell auffindbar anbieten.
2. Einfache, medienbruchfreie und Ebenen übergreifende Angebote der Verwaltung verlagern die Aktivitäten der Bürger und Unternehmen vom Rathaus in die Online-Portale. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behörden werden entlastet.
3. Die zentrale Bereitstellung der Informationen zu Dienstleistungen durch die jeweils zuständige Stelle spart Aufwände durch Vermeidung paralleler Informationsbereitstellungen.

4. IT-Verantwortliche in den Behörden investieren in Lösungen, die Ebenen übergreifenden Lösungen und Standards entsprechen, Investitionsrisiken und –kosten sollen reduziert werden.
5. Wiederverwendung technischer Komponenten in mehreren Portalen soll zu Kosteneinsparungen führen.
6. Prozesskosten in der Abwicklung einer Verwaltungsdienstleistung (Beschleunigung der Teilprozesse und des Gesamtprozesses) sollen reduziert werden.

Mit der Umsetzung des Vorhabens Portalverbund ist nicht beabsichtigt:

- Umsetzung eines zentralen Portals, das die Abwicklung sämtlicher Verwaltungsdienstleistungen aller Ebenen in diesem einen Portal ermöglicht
- Eine Auseinandersetzung mit allgemeinen Webseiten von Bund, Ländern und Kommunen ohne Informationen oder Online-Services zu Verwaltungsdienstleistungen (z.B. Bereiche Politik, Gesellschaft).
- Vereinheitlichung von Gestaltungselementen der einzelnen Portale (Corporate Design)
- Eine Veränderung in der Zuständigkeit der konkreten Abwicklung der Online-Leistung (insbesondere die Durchführung der „Entscheidung“). Dies erfolgt auch künftig dort, wo der Verfassungs- bzw. Gesetzgeber die Zuständigkeit angesiedelt hat.

3 Aufgabenfelder

3.1 Analyse

Der Portalverbund soll so weit wie möglich auf vorhandene Komponenten und Erfahrungen zurückgreifen. Aus diesem Grund sollen diese in einer Analysephase untersucht werden:

Aufgabenfeld 1	Erfahrungsberichte Verlinkung Verwaltungsportale, Suche
Beschreibung	<ul style="list-style-type: none"> • Strukturierte Abfrage zu bereits bestehenden Verlinkungen von Verwaltungsportalen, Suche in Bund, Ländern und Kommunen • Vergleich bestehender Modelle für die Verknüpfung von Verwaltungsdienstleistungen, Suche • Dokumentation der Ergebnisse, Empfehlungen zur Nachnutzung, Ableitung von Erkenntnissen für die Vereinheitlichung

Aufgabenfeld 2	Definition fachlicher Schnittstellen bestehender Projekte
Beschreibung	<ul style="list-style-type: none"> • Definition der Schnittstellen zu bereits bestehenden Projekten (insbesondere FIM, LeiKa, 115, BFD, Bundesredaktion) und Beleuchtung von Stärken und Schwächen • Erarbeitung Anforderungen und Prüfung bestehender Lösungsansätze zur einheitlichen Beschreibung gleichartiger Verwaltungsdienstleistungen unter Berücksichtigung bereits bestehender Projekte

Aufgabenfeld 3	Ermittlung der am häufigsten nachgefragten Massenverfahren
Beschreibung	<ul style="list-style-type: none"> • Ermittlung der am häufigsten nachgefragten Massenverfahren • Klärung, welche Informationen im FIM, LeiKa etc. bereits vorliegen und welche noch zu erstellen sind (Stamminformationen, Formulare, Prozessbeschreibungen, LeiKa-Schlüssel...)

3.2 Konzeption

Für die intelligente Verlinkung sind die erforderlichen inhaltlichen und technischen Voraussetzungen zu schaffen. Diese sind in den folgenden Aufgabenfeldern dargestellt.

Aufgabenfeld 4	Soll-Konzeption und Beispielprozesse für Verknüpfungsszenarien
Beschreibung	<ul style="list-style-type: none"> • Fachliche Darstellung Soll-Struktur für Verknüpfungsszenarien mit relevanten Fallgestaltungen • Berücksichtigung bestehender Fachportale mit Massen Anwendungen (z. B. Elster)

Aufgabenfeld 5	Soll-Konzeption und Beispielprozesse für Such-Funktionalitäten
Beschreibung	<ul style="list-style-type: none"> • Festlegung der Anforderungen und Prüfung verschiedener Suchmöglichkeiten für eine leistungs- und behördenbezogene Suche, Ableitung von Vor- und Nachteilen • Schwerpunkte: Behördenfinder, intelligente Suche (auch semantisch) • Entwicklung Soll-Konzeption und Beispielprozesse

Aufgabenfeld 6	Definition der erforderlichen Komponenten
Beschreibung	<ul style="list-style-type: none"> • Darstellung bereits bestehender und noch benötigter Komponenten • Darstellung in einem Architekturmodell

Aufgabenfeld 7	Verbesserung der Attraktivität der Serviceportale
Beschreibung	<ul style="list-style-type: none"> • Erstellung eines Leitfadens als Eckpunkte für die Attraktivität von Verwaltungsportalen: <ul style="list-style-type: none"> ○ Grundsatzempfehlungen zu Inhalten der Serviceportale ○ Empfehlungen zur Struktur und Ausgestaltung der Serviceportale ○ Marketingmaßnahmen • Prüfung der Berücksichtigung von Lebenslagen

Aufgabenfeld 8	Prüfung rechtlicher Rahmenbedingungen
Beschreibung	<ul style="list-style-type: none"> • Prüfung rechtlicher Rahmenbedingungen, insbes. auch verfassungs- und datenschutzrechtlicher Fragestellungen • Erarbeitung von Empfehlungen für gesetzliche Anpassungen

Aufgabenfeld 9	Kosten-Nutzen-Analyse
Beschreibung	Aufbauend auf den Erkenntnissen wird eine Kosten-Nutzen-Analyse für den Portalverbund durchgeführt.

Aufgabenfeld 10	Klärung der Finanzierung
Beschreibung	Auf Grundlage der konzeptionellen Ergebnisse und der Kosten-Nutzen-Analyse und der darauf getroffenen Entscheidungen sind die Voraussetzungen für die Finanzierung des Portalverbundes zu klären.

3.3 Technische Konzeption

Aufgabenfeld 11	Prototyp / Pilot
Beschreibung	<ul style="list-style-type: none"> • Technische Konzeption zur Verknüpfung von Verwaltungsportalen in einem Prototyp / Pilot • Dokumentation von Erkenntnissen zu erforderlichen Komponenten und Schnittstellen

3.4 Umsetzung der Verlinkung

Aufgabenfeld 12	Aufnahme Echt-Betrieb Verlinkung
Beschreibung	<ul style="list-style-type: none"> • Überführung Prototyp / Pilot in Echt-System; Aufnahme Echt-Betrieb Verlinkung • Dokumentation der Planungen der Behörden zur Anbindung

Aufgabenfeld 13	Bereitstellung beispielgebender Massenanwendungen
Beschreibung	<ul style="list-style-type: none"> • Umsetzungsplan zur Bereitstellung beispielgebender Massenanwendungen im Portalverbund • Begleitung der Umsetzung beispielgebender Massenanwendungen – insbesondere auch Bundesverfahren – als beispielgebende Pilotanwendung

3.5 Kommunikation

Aufgabenfeld 14	Kommunikation
Beschreibung	Erarbeitung von Kommunikationsmaßnahmen

4 Weiteres Vorgehen

4.1 Interne Projektorganisation

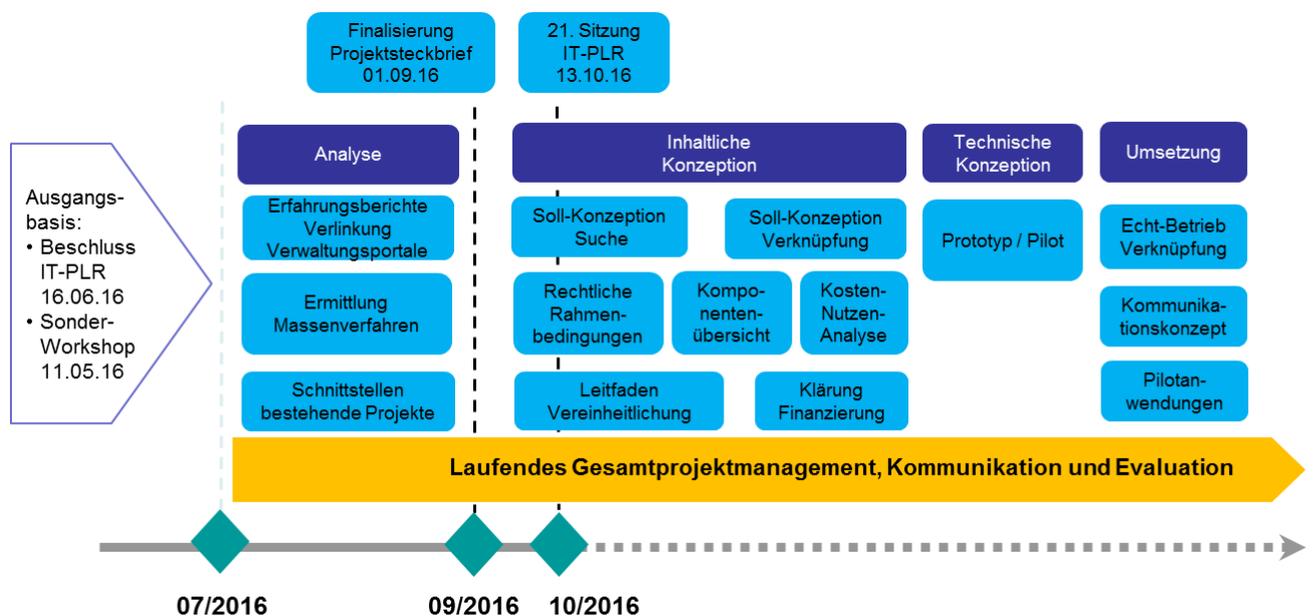
- Der Portalverbund setzt sich aus Vertretern des Bundes, der Länder, der Kommunen und der Datenschutzbeauftragten zusammen.
- Die Federführung des Portalverbunds übernimmt der Bund, vertreten durch BMI.
- Der Portalverbund berichtet dem IT-PLR zu den Ergebnissen der Arbeitsgruppe.
- Der Portalverbund stimmt sich mit weiteren Beteiligten im Rahmen der Umsetzung der einzelnen Aufgabenfelder ab, so u.a. mit
 - PG eID-Strategie, insbesondere zum Teilprojekt interoperable Servicekonten
 - Koordinierungsgruppe EA 2.0
 - weitere Projekt-, Koordinierungsgruppen bzw. Anwendungen des IT-PLR (insbesondere mit FIM, LeiKa, 115 und BFD)
 - weitere Projekte auf Bundesebene (Bundesredaktion, Teilprojekt Verwaltungsportal Bund...)
 - Unternehmensverbände (z.B. DIHK)

4.2 Vorläufige Projektplanung

Die folgende Abbildung stellt die bisher definierten Zieltermine des Portalverbunds dar und gibt einen Ausblick auf potenzielle Ergebnistypen.

Die Billigung dieses Projektsteckbriefs durch den IT-Planungsrat soll in der 21. Sitzung des IT-PLR am 13. Oktober 2016 erfolgen.

Das Vorhaben Portalverbund wird durch ein laufendes Projektmanagement sowie interne und externe Kommunikations- und Evaluationsmaßnahmen begleitet. Konkrete Meilensteine in den einzelnen Phasen sind im weiteren Verlauf innerhalb des Portalverbunds abzustimmen.



4.3 Finanzierung des Vorhabens

Die Finanzierung des Vorhabens Portalverbund ist zu klären. Die Teilprojekte Verwaltungsportal Bund und interoperable Servicekonten sind nicht Gegenstand des hier vorliegenden Projektsteckbriefs.